Zwangsarbeit : 180 Mia. DM Gewinn

Autor(en): **Schreiber, Sabin**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin**

Band (Jahr): **8 (2001)**

Heft 87

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-885126

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ZWANGSARBEIT: 180 MIA. DM GEWINN

Ökonomie der Grausamkeit

In der Auseinandersetzung um die moralisch-politischen Dimensionen von Zwangsarbeit rückt die Tatsache in den Hintergrund, dass es sich dabei um ein Arbeitsverhältnis handelte. Der folgende Artikel beschäftigt sich mit den ökonomischen Tatbeständen, die der Zwangsarbeit zugrunde lagen.

von Sabin Schreiber

Wenn man mehr als 4 Millionen Menschen 4 Jahre lang für sich arbeiten lässt, wie viel Profit ist dabei herauszuholen? Thomas Kuczynski erarbeitete ein entsprechendes Gutachten, dessen Grundlagen Daten über die faktisch geleistete Zwangsarbeit auf dem Gebiet des nationalsozialistischen Deutschland bilden. Aufgrund der dürftigen Quellenlage konnte Kuczynski die Zwangsarbeit, die in den nationalsozialistisch besetzten Ländern geleistet wurde, nur am Rande berücksichtigen. Dazu gehört insbesondere die Zwangsarbeit in den «Ostfilialen» deutscher Industrieunternehmen, aber auch der finanzielle Betrag, der den Zwangsarbeiter/innen dadurch entgangen ist, dass sie ihrer im Zivilleben ausgeübten Arbeit nicht nachgehen konnten.

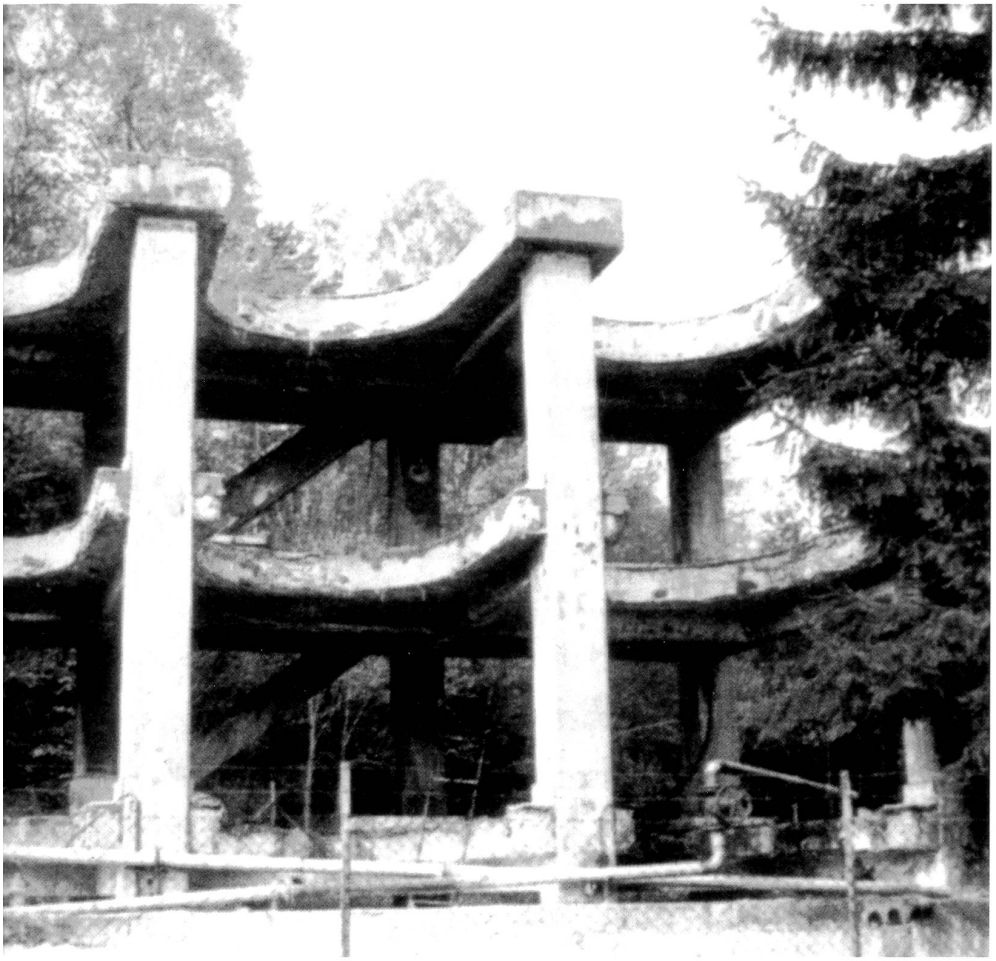
HERRSCHAFTSTECHNIK

Auf dem Territorium des «Dritten Reiches» waren schätzungsweise 14 bis 15 Millionen Menschen als Zwangsarbeitskräfte eingesetzt. Arbeitsbedingungen und Unterbringung waren miserabel, üblich war eine Wochenarbeitszeit von über 60 Stunden, die Todesdrohung allgegenwärtig. Die rassistische und entpersonifizierende Herrschaftstechnik unterteilte die Zwangsarbeiter/innen in «Kategorien»: KZ-Gefangene, Kriegsgefangene und Zwangsarbeitskräfte (polnische, deutsch-jüdische, sowjetische und aus anderen okkupierten Gebieten). Für die einzelnen «Kategorien» hatten die Unternehmer unterschiedlich hohe Abgaben an die SS zu leisten, und auch die Löhne waren abgestuft: So betrug z.B. der Monatslohn im Flick-Konzern vor Abzug der Steuern und Abgaben für Unterkunft und Verpflegung ziemlich genau $^2/_3$ des Lohnes «deutscher Stammarbeiter».

Zivile Zwangsarbeitskräfte aus Westeuropa erhielten pro Schicht 6.60 Reichsmark (RM) Nettolohn, polnische erhielten 5.36 RM, sowjetische 1.86 RM. Für westeuropäische Kriegsgefangene gabs 1.68 RM, für sowjetische Kriegsgefangene 0.40 RM. KZ-Gefangene erhielten überhaupt keinen Lohn.[1]

Kuczynski kommt zu folgenden Ergebnissen: Die nach Deutschland Verschleppten arbeiteten insgesamt über 21 Millionen Jahre bzw. 64 Milliarden Stunden in deutschen Wirtschaftsunternehmen. 64 Mia. Stunden, von deutschen Zivilarbeitskräften geleistet, hätten gemäss damaligen Lohnsätzen mehr als 36 Mia. RM gekostet. Durch den Einsatz der Zwangsarbeitskräfte wurden 16 Mia. RM eingespart. Am einträglichsten war der Einsatz von KZ-Gefangenen und sowjetischen Kriegsgefangenen, hier konnten über 75% Kosten gespart werden. Für die zivilen Zwangsarbeitskräfte gab es massiv reduzierte Löhne. In der Landwirtschaft wurde verfügt, dass «Polenarbeiter» nur die Hälfte vom Barlohn der Deutschen erhalten durften. «Ostarbeiter» aus der UdSSR erhielten noch weniger. In der Industrie waren die Methoden etwas subtiler: Auf Grund der Tatsache, dass deutsche Zivilarbeitskräfte im Durchschnitt Löhne erhielten, die um mehr als 27% über den Tarifen lagen, konnte man es sich durchaus leisten, «tarifgerecht» zu zahlen – und damit mehr als ein Fünftel der ursprünglichen Lohnsumme einbehalten.

Kuczynski berechnet, dass pro Arbeitsjahr 16 230.5 Mio. RM in die Taschen der Unternehmer flossen. Umgerechnet in Deutsche Mark wären das 95 760 Mia. DM (Umrechnungsfaktor RM:DM gemäss Deutsche Bundesbank = 1:5,9). Zu berücksichtigen ist, dass Löhne



ein sehr spezifischer Preis sind, insbesondere vorenthaltene Löhne. Mit diesen vorenthaltenen Löhnen wurde in den vergangenen 50 Jahren höchst gewinnträchtig gewirtschaftet. Ausserdem haben sich die Lebenshaltungskosten in den vergangenen 60 Jahren stark verändert, und der Kriegsstandard kann nicht in die Gegenwart projiziert werden. Das Verhältnis zwischen Kriegs- und Gegenwartsstandard schätzt Kuczynski auf 2:1. Das heisst, gemessen an den heutigen Verhältnissen brachte die Zwangsarbeit während des Nationalsozialismus einen Gewinn von 180 Milliarden DM ein.

SPRENGSTOFFFABRIK HESSISCH LICHTENAU

Im Sommer 1944, der Endphase des 2. Weltkriegs, wurden in der Sprengstofffabrik Hessisch Lichtenau nahe Kassel, einer der grössten Rüstungsfabriken des Deutschen Reiches, als letzte Arbeitskraftreserven 1000 Zwangsarbeiterinnen aus dem Konzentrationslager Auschwitz in der Produktion eingesetzt. Es handelte sich fast ausschliesslich um ungarische Jüdinnen zwischen 15 und 49 Jahren, die den unterschiedlichsten Berufsgruppen angehörten. Bis 1944 waren die jüdischen Gemeinden in Ungarn weitgehend intakt geblieben. Im März 1944 setzten die Nationalsozialisten eine ihnen genehme Regierung durch. Gleichzeitig erhielt ein Sonderkommando unter Adolf Eichmann den Auftrag, mit der «Endlösung der Judenfrage» zu beginnen. Tausende ungarischer Jüdinnen und Juden wurden aus ihren Heimatorten deportiert, zunächst in Ghettos zusammengedrängt, kurz darauf in Viehwaggons gepfercht und ins Vernichtungslager Auschwitz gebracht. Allein im Sommer 1944 wurden fast 400000 ungarische Jüdinnen und Juden in den Gaskammern in Auschwitz getötet. Die übrigen, weniger als 20%, erklärte man als «arbeitsfähig» und zwang sie zur Sklavenarbeit in der Industrie. Im Werk Hessisch Lichtenau wurden zwei Sprengstoffarten hergestellt: TNT (Trinitrotoluol) und Pikrinsäure, die als Treibmittel für Geschosse diente. TNT wurde in Kesseln auf 90° bis 120° Celsius erhitzt und an Füllstationen in Bomben, Granaten und Tellerminen abgefüllt. Die Produktion von Pikrin begann erst Anfang 1940. Pikrinsäure wurde in verschiedenen Arbeitsgängen gekocht, gewaschen, getrocknet und anschliessend granuliert. Die Arbeiter/innen füllten den Sprengstoff in Hülsen ab, anschliessend wurde er unter hohem Druck verdichtet. Die Arbeit war ausgesprochen gefährlich, zum einen aufgrund der allgemeinen Luftvergiftung durch Chemikalien, zum andern wegen der ständigen Explosionsgefahr. Die Arbeit wurde als «leicht» eingestuft, weshalb der Anteil Frauen sehr hoch war.

Zunächst arbeiteten Freiwillige und Dienstverpflichtete aus der Umgebung in Hessisch Lichtenau. Mit der Kriegsdauer kamen immer mehr «Freiwillige» aus den besetzten Gebieten, Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter/innen zum Einsatz. Das letzte Aufgebot erfolgte im Jahr 1944 und betraf Strafgefangene und KZ-Insass/innen. Nach Anordnung der SS wurden sie «KZ-mässig» untergebracht: Holzbaracken umgeben von Maschen- und Stacheldrahtzaun, Beleuchtung des Lagers bei Dunkelheit, eine Lagerküche, ein Waschraum, eine Waschküche, Lagerräume für Lebensmittel und Kleidung, eine Krankenbaracke und eine Baracke für das SS-Wachpersonal. Das Essen bestand aus Wassersuppe mit Rüben oder Weisskraut und 50g Brot täglich. Während

der ersten Produktionsjahre gab es noch eine «Giftzulage», ab 1944 wurden diese Zulagen eingestellt. Die Baracken waren im Sommer überheiss, im Winter feucht und kalt. Die Frauen schliefen auf einfachen Holzpritschen, für die Nacht stand ihnen eine Wolldecke zur Verfügung. Ihre Kräfte erschöpften sich schnell. Nur 3 Monate nach Eintreffen in Lichtenau wurden 206 Gefangene zurück nach Auschwitz-Birkenau «überstellt», was das Todesurteil bedeutete.

Als klar wurde, dass Deutschland den Krieg verlieren würde, suchte die SS die Gefangenen so spurlos wie möglich zu evakuieren. Zeug/innen der begangenen Verbrechen durften nicht überleben, und auch die Gefangenen von Hessisch Lichtenau schickte man auf den «Todesmarsch». Manche erschoss die SS, andere starben auf dem Weg, einigen wenigen gelang die Flucht. Am 25.4.1945 wurden diejenigen, die überlebt hatten, von den amerikanischen Truppen befreit. Die physischen und psychischen Verletzungen hinterliessen lebenslange Spuren.

FINANZIELLE NUTZNIESSER

Aus dem Einsatz von KZ-Gefangenen in der Industrie zog die SS den grössten finanziellen Nutzen. Für die nach dem Krieg in Dynamit Nobel AG umbenannte Dynamit AG war es ebenfalls ein einträgliches Geschäft. In den 1960er Jahren war sie bei der Kriegsmaterialproduktion bereits wieder voll mit dabei. Friedrich Flick, Grossvater des gegenwärtig im Rampenlicht stehenden Friedrich Christian Flick, war seit 1959 Hauptaktionär des Unternehmens. Bei den Nürnberger Industriellenprozessen 1947 war Flick als Kriegsverbrecher wegen Ausplünderung, Beschäftigung von Zwangsarbeiter/innen und Unterstützung der SS durch Geldspenden zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Damals hatte er erklärt: «Nichts wird uns davon überzeugen, dass wir Kriegsverbrecher sind.» Eine Übereinkunft betreffend Entschädigungszahlungen zwischen ihm und der jüdischen Claims Conference scheiterte in den 1960er Jahren. Argumentiert wurde u.a. mit dem rechtlich-organisatorischen Überbau des Unternehmens: Die Zwangsarbeit sei nicht für die Dynamit AG, sondern für die reichseigene Montan geleistet worden, somit sei die BRD zuständig. Die Rechtskonstruktion der Sprengstofffabrik Hessisch Lichtenau war von aussen tatsächlich kaum durchschaubar: Geplant wurde es in den 1930er Jahren von der ‹Dynamit Actien-Gesellschaft› (DAG, vormals ‹Alfred Nobel und Co.›) im Auftrag des Oberkommandos des Heeres (OKH). Eigentümer und Bauherr war die ‹Montan Industriewerke GmbH›, eine reichseigene Gesellschaft, und als Betreiberin fungierte die ‹Fabrik Hessisch Lichtenau GmbH zur Verwertung chemischer Erzeugnisse› (Verwert-Chemie), eine 100%-ige Tochterfirma der DAG. Die Dynamit AG war der bedeutendste deutsche Sprengstoffproduzent und fast gänzlich Teil des I.G.Farben-Konzerns: In der Aktionärsversammlung hatte die I.G. die Stimmenmehrheit und übte bis 1945 die Kontrolle über die DAG aus. Aufgrund dieser organisatorischen und personellen Verflechtungen war die Begründung, die BRD sei zuständig, nicht haltbar.

Als nächstes behauptete Dynamit Nobel, die Zwangsarbeiter/innen seien dem Unternehmen aufgezwungen worden. Verschiedene Untersuchungen ergeben ein anderes Bild: Die deutsche Wirtschaft kooperierte mit dem NS-Regime und suchte das politisch Gewünschte mit dem ökonomisch Profitablen möglichst gewinnbringend zu verbinden. Abgestritten wurde auch die Rechtsnachfolge der 1959 neu gegründeten Dynamit Nobel AG. Flick sei zwar deren Hauptaktionär, doch habe er seine Rechte erst in der BRD erworben, könne also nicht verantwortlich gemacht werden für den Einsatz von Zwangsarbeiter/innen im «Dritten Reich». Die Dynamit AG war tatsächlich kein «Flick-Betrieb». Flick sass damals zwar im Aufsichtsrat, besetzte aber keine entscheidende Position. Zumindest bestand aber eine personelle Kontinuität. Ausserdem hatte Flick Himmler massgeblich finanziell unterstützt und war informiert über das Sklavenarbeiter/innenprogramm der Nationalsozialisten. Bis zu seinem Tod 1972 anerkannte er jedoch keinerlei Verpflichtung gegenüber den ehemaligen Zwangsarbeiter/innen, weder moralisch noch materiell.

Im Zuge des Aktienverkaufs durch Flicks Sohn Friedrich Karl an die Deutsche Bank kam es 1986, nach wochenlanger öffentlich geführter Diskussion, zur Zahlung von 5 Mio. DM aus «humanitären Gründen», wie der damalige Vorstand der Deutschen Bank erklären liess. Es ist anzunehmen, dass die Deutsche Bank damit von ihren eigenen Verflechtungen ablenken wollte: In ihren «Filialbetrieben» wie Mannesmann, Daimler Benz und Bayerische Motorenwerke, mit denen enge geschäfts- und personalpolitische Bindungen bestanden, waren ebenfalls Zwangsarbeiter/innen beschäftigt gewesen.

Private und staatliche Industrieunternehmen sowie die Bankinstitute waren direkt oder indirekt an den NS-Verbrechen beteiligt. Die wenigsten deutschen Unternehmen haben bisher für «ihre» ehemaligen KZ-Arbeiter/innen bezahlt – das Beispiel Dynamit Nobel ist eines von vielen.

1) Kuczynski stützt sich hier auf Klaus Drobisch: Die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte im Flick-Konzern während des 2.Weltkrieges, 1964.

LITERATUR:

Thomas Kuczynski: Erinnerung und Verantwortung: Entschädigungsansprüche für Zwangsarbeit im «Dritten Reich», in: 1999: Zeitschrift für das 20. und 21. Jahrhundert, 1/2000, S.15-63.

Dieter Vaupel: Zwangsarbeiterinnen für die Dynamit AG, in: 1999, 1/1987, S.50-86;

Dieter Vaupel: ‹Unauslöschbare Spuren›: Zwangsarbeiterinnen der Dynamit AG berichten nach mehr als 40 Jahren, in: 1999, 4/1988, S.60-74.

Dieter Vaupel: «Entschädigung» von KZ-Gefangenen durch die Deutsche Industrie: das Beispiel Dynamit Nobel, in: 1999, 1/1991, S.34-57.

Diverse Ausgaben der WochenZeitung WoZ, März-Mai 2001

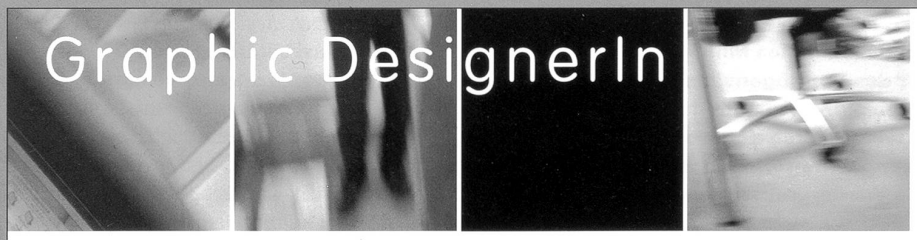
Bild: Ein grosser Teil der fast 400 Gebäude der ehemaligen Sprengstoff-Fabrik Hessisch Lichtenau ist erhalten geblieben. Hier das Gerippe eines Kesselhauses. aus: 1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 1/87

STIFTUNG ‹ERINNERUNG, VERANTWORTUNG UND ZUKUNFT›

Im Februar 1999 kündigten der Bundeskanzler und deutsche Unternehmen an, eine «Stiftung zur Entschädigung von Zwangsarbeiter/innen und anderen Menschen zu gründen, denen von deutschen Unternehmen während der Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs Leid zugefügt wurde». Im August 2000 wurde die Stiftung ‹Erinnerung, Verantwortung und Zukunft› eingerichtet mit dem Ziel, 10 Milliarden DM für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter/innen zur Verfügung zu stellen. 5 Mia. warf die deutsche Regierung auf, den Rest sollte die gesamte deutsche Wirtschaft übernehmen, und zwar «unabhängig davon, ob und wie stark die einzelnen Unternehmen in das NS-Unrecht eingebunden waren oder ob sie erst nach dem Kriege gegründet wurden». Die Stiftungsinitiative sei eine Antwort auf die Frage nach der «moralischen Verantwortung der deutschen Wirtschaft, die aus der Beschäftigung von Zwangsarbeiter(inne)n ...» resultiere. 220 000 Unternehmen und Familien waren angeschrieben worden. Bis zum Frühjahr 2001 signalisierten 6 100, sich beteiligen zu wollen, die 10 Mia. sind zusammengekommen. Die Zeit für die Betroffenen läuft unerbittlich ab, viele sind nicht mehr am Leben, um Ansprüche stellen zu können. Ein Teil der Mittel soll daher Zukunftsaufgaben zur Verfügung stehen.

Näheres zur Stiftung: www.jura.uni-tuebingen.de~hess/abkommen.htm; www.stiftung-evz.de; www.erinnerung-verantwortung-zukunft. de/

Frauenbibliothek und Dokumentationsstelle
Belletristik, Kinder- und Jugendbücher, Sachbücher, Phonothek
Davidstrasse 42, 9001 St.Gallen, Telefon 071 222 65 15
Mo 16-20, Mi/Do 14-18 Uhr, Sa 12-16 Uhr



Tel. 071-747 59 69
meier@level-east.ch
Industriestr. 15
9430 St. Margrethen
www.level-east.ch

level east sucht Ideenlabor
mit Agenturerfahrung.

Frank Meier erzählt Ihnen mehr.

level east®

Agentur für Werbung,
Design und Kommunikation

- **Übersetzerschule**
  berufsbegleitend, praxisnah
- **Deutsch für Anderssprachige**
- **Tages-Diplomschulen:**
  Handel, Touristik, KV-Abschluss
- **Internationale Sprachdiplome**
- **Sprachkurse**
- **Einzelunterricht**

Verlangen Sie unsere Programme!

Lernwege

Handels- und Dolmetscherschule St.Gallen
Hodlerstrasse 2, 9008 St.Gallen, www.hds.ch
Tel. 071/245 30 35, Fax 071/245 30 35

HDS